

Kassel, 3. April 2013

Niederschrift
über die **9. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 7. März 2013, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Gabriele Jakat)
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Harry Völler, Mitglied, SPD
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Boris Mijatovic)
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Dr. Bernd Hoppe, Stadtverordneter, parteilos
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Bernd Wolfgang Häfner, Stadtverordneter, Freie Wähler

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ferdinand Peter, Rechtsamt
Nina Djamali, Rechtsamt
Kirsten Wagner, Rechtsamt
Axel Heiser, Ordnungsamt
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Bernd Reyer, Kämmerei und Steuern
Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat -III-
Ingo Happel-Emrich, Haupt- und Bürgeramt

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Ordnung zur Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienzentrum Kassel vom 20.08.2001 in der Fassung der Ersten Änderung vom 31.05.2010 (Zweite Änderung) | 101.17.789 |
| 2. | Städtische Werke AG (STW)
Verkauf der Anteile an der Trianel Service GmbH (TSG) | 101.17.815 |
| 3. | Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG)
Änderung des Gesellschaftsvertrages der RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (alt)
Neugründung der RegioTram GmbH | 101.17.816 |
| 4. | Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“ | 101.17.825 |
| 5. | Straßenbeiträge für Eisenbahnweg | 101.17.565 |
| 6. | Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.667 |
| 7. | Moscheeverein und Trinkraum | 101.17.708 |
| 8. | Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.733 |
| 9. | Änderung Schwerpunkte Verkehrsüberwachung | 101.17.822 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 27.02.2013 ordnungsgemäß einberufene 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtverordnetem Kieselbach, CDU-Fraktion, wird der Tagesordnungspunkt

5. **Straßenbeiträge für Eisenbahnweg**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.565 -

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Tagesordnungspunkte

6. **Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Antrag der CDU-Fraktion
101.17.667

und

8. **Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Anfrage der CDU-Fraktion
101.17.733

werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen, wobei zunächst die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 8 beantwortet werden soll.

1. **Ordnung zur Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienzentrum Kassel vom 20.08.2001 in der Fassung der Ersten Änderung vom 31.05.2010 (Zweite Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.789 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienzentrum Kassel vom 20.08.2001 in der Fassung der Ersten Änderung vom 31.05.2010 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für das Medienzentrum Kassel vom 20.08.2001 in der Fassung der Ersten Änderung vom 31.05.2010 (Zweite Änderung), 101.17.789, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

2. **Städtische Werke AG (STW)**
Verkauf der Anteile an der Trianel Service GmbH (TSG)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.815 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Veräußerung und Übertragung der Beteiligung der Städtische Werke AG an der Trianel Service GmbH an die Trianel GmbH wird zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtische Werke AG (STW) Verkauf der Anteile an der Trianel Service GmbH (TSG), 101.17.815, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

- 3. Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG)
Änderung des Gesellschaftsvertrages der RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (alt)
Neugründung der RegioTram GmbH**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.816 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des § 13 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (alt) wird nach Maßgabe der beigefügten Anlage 1 zugestimmt.
2. Der Neugründung der RegioTram GmbH wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs des Gesellschaftsvertrages (Anlage 2) zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG)
Änderung des Gesellschaftsvertrages der RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (alt)
Neugründung der RegioTram GmbH, 101.17.816, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

4. **Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.825 -

Antrag

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das am 04.02.2013 eingereichte Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“ wird zugelassen.
2. Ein Sachbeschluss mit dem Inhalt des Bürgerbegehrens wird nicht gefasst. Insoweit verbleibt es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2012 Vorlage-Nr. 101.17.693 -, lfd. Nr. 45 der Konsolidierungsvorschläge.
3. Am 30.06.2013 wird ein Bürgerentscheid mit der Fragestellung durchgeführt: „Sind Sie dafür, die Stadtteilbibliotheken in den Stadtteilen Fasanenhof, Kirchditmold und Wilhelmshöhe zu erhalten?“

Vorsitzender Kortmann übergibt Herrn Greim, Sprecher der geladenen Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens „Stadtteilbibliotheken erhalten“, das Wort zur Stellungnahme. Im Anschluss erfolgt eine rege Diskussion.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, stellt den Geschäftsordnungsantrag den Tagesordnungspunkt heute nicht zur Abstimmung zu stellen und ihn in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln. Stadtverordneter Blutte, Fraktion B90/Grüne, spricht sich dagegen aus.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung : SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung : --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“, 101.17.825, wird **abgelehnt**.

Auf Antrag von Stadtverordneten Kieselbach, CDU-Fraktion, wird der Antrag des Magistrats ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 1 des Antrags des Magistrats betr. Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“, 101.17.825, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 2 des Antrags des Magistrats betr. Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“, 101.17.825, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 3 des Antrages des Magistrats betr. Bürgerbegehren „Stadtteilbibliotheken erhalten“, 101.17.825, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

5. Straßenbeiträge für Eisenbahnweg Antrag der CDU-Fraktion - 101.17.565 -

Abgesetzt.

Während der Behandlung der Tagesordnungspunkte 6 und 8 übernimmt 1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Sitzungsleitung. Tagesordnungspunkt 8 wird vorgezogen.

8. Geschwindigkeitsmessenanlagen Anfrage der CDU-Fraktion - 101.17.733 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wurde wo die Beschaffung und der Einsatz der Geschwindigkeitsmessenanlagen ausgeschrieben?

2. Welche technischen, rechtlichen und sonstigen Vorgaben wurden bei der Ausschreibung zugrunde gelegt?
3. Hat es überhaupt eine Ausschreibung gegeben?
4. Wer hat diese veranlasst und überwacht?
5. Wenn es keine Ausschreibung gab: warum unterblieb diese Ausschreibung?
6. Wie viele Firmen haben sich an der Ausschreibung beteiligt?
7. Wer hat über die Vergabe entschieden?
8. Wie viele Referenzen hat die Auftrag nehmende Firma vorgelegt?
9. Wie wurden diese Referenzen überprüft?
10. Wo hat die beauftragte Firma bereits erfolgreich entsprechende Anlagen aufgestellt und betrieben?
11. Welche Produkte und Dienstleistungen bietet die Auftrag nehmende Firma ansonsten noch an?
12. Wer hat das von der Stadt Kassel beauftragte Gutachten über die technische Zulässigkeit erstellt?
13. Wo liegen die inhaltlichen Unterschiede zu den anders lautenden Gutachten?
14. Wie viele Verwaltungsvorgänge sind seit dem Verzicht der weiteren Verfolgung, d. h. seit dem Einstellen der Bescheide bei der Stadt aufgelaufen?
15. Welche Kosten sind hierbei entstanden?
16. Wer trägt diese Kosten?
17. Wie viele Vorgänge sind zurzeit beim Regierungspräsidium anhängig?
18. Welche Kosten sind hierbei beim Land entstanden?
19. Wer trägt diese Kosten?
20. In welcher Höhe sind Verwarnungsgelder nunmehr der Stadt verloren gegangen?
21. Welcher Geldbetrag an Bußgeldern ist dem Land verloren gegangen?
22. Welche technischen Nachbesserungen sollen nunmehr durchgeführt werden?
23. Wer führt diese durch?
24. Wer überwacht diese?
25. Welche Schadensersatzmöglichkeiten bestehen?
26. Wurden darüber hinaus weitere Regresse vertraglich vereinbart?

27. Wie wird der Magistrat diese Ansprüche durchsetzen?
28. Wer hat die installierten Anlagen vor der Inbetriebnahme technisch und sachlich auf die Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften überprüft?
29. Warum wurde bei der Versorgung der Anlagen mit Energie der Einsatz von Autobatterien gewählt?
30. Warum wurde keine digitale Technik eingesetzt, sondern die veraltete Methode der Filmtechnik verwandt?
31. Haben betroffene Bürger Regress- bzw. Schadensersatzansprüche gegen die beauftragte Firma wegen des Einsatzes der nicht zugelassenen Geräte?
32. Wie viele Gerichtsverfahren sind derzeit anhängig?
33. Wie viele Widerspruchsverfahren werden zurzeit bei Stadt und Land geführt?
34. Wie wird nunmehr in diesen Fällen weiter verfahren?
35. Warum wird die Zusammenarbeit mit der Auftrag nehmenden Firma nicht unverzüglich beendet?
36. Welche Zahlungen wurden bisher an die Auftrag nehmende Firma geleistet?
37. Welchen Charakter hat die Zusammenarbeit in rechtlicher Hinsicht zwischen der Stadt und der Auftrag nehmenden Firma?
38. Welche Forderungen gibt es derzeit aus den rund 16.000 bereits abgeschlossenen Fällen?
39. Sind aufgrund des Fehlverhaltens der Auftrag nehmenden Firma möglicherweise auch Straftatbestände verwirklicht worden?
40. Bürgermeister Kaiser hat noch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.11.2012 erklärt, nur die Anlage in der Ludwig-Mond-Straße sei technisch problematisch. Warum wurden jetzt alle Anlagen abgeschaltet?
41. Warum wurden im Stadtgebiet unterschiedliche Geräte bzw. Modelltypen eingesetzt?
42. Waren die Geräte zu Beginn des Einsatzes in der Stadt Kassel fabrikneu?
43. Wenn nein: wie oft und wie lange waren die Geräte bereits zuvor im Einsatz und in wessen Eigentum standen diese?
44. Warum wurden die Geräte vom vorherigen Eigentümer ausgesondert und veräußert?
45. In welchem Zustand befanden sich die Geräte zu diesem Zeitpunkt?
46. Hat die Auftrag nehmende Firma diese Geräte direkt vom ursprünglichen Eigentümer erworben?
47. Wurden die Geräte vor dem Einsatz in Kassel technisch überprüft und alle notwendigen Zertifikate, Prüfbescheinigungen etc. zur Prüfung vorgelegt?

48. Wer hat diese Prüfungen durchgeführt?
49. Warum wurden bei der Installation der Anlagen keine technischen Sachverständigen hinzugezogen?
50. Warum wurden die Anlagen nicht sofort nach der Entscheidung des Amtsgerichts Kassel dauerhaft abgeschaltet?
51. Warum wurde zu diesem Zeitpunkt die Auftrag nehmende Firma nicht sofort zur Nachrüstung bzw. zum Umbau der Anlagen aufgefordert?
52. Mit welchen Schadensersatzansprüchen betroffener Bürger rechnet der Magistrat?
53. Warum hält der Magistrat unter Gefährdung des Rechtsfriedens und des allgemeinen Vertrauens in die Arbeit der Verwaltung daran fest, nicht in allen Fällen seit Beginn des Einsatzes der Anlagen die ergangenen Bescheide von vornherein für fehlerhaft und damit für nichtig zu erklären und die gezahlten Geldbeträge zu erstatten?
54. Welche organisatorischen und personellen Konsequenzen zieht der Magistrat aus diesen skandalösen Vorgängen?
55. Wurden bzw. werden disziplinarische Maßnahmen innerhalb von Magistrat und Verwaltung eingeleitet?
56. Was wird der Magistrat unternehmen, um künftig einen weiteren vergleichbaren Skandal zu verhindern?
57. Wird der Oberbürgermeister als Personaldezernent entsprechende Dienstanweisungen erlassen?

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Oberbrunner die Anfrage für erledigt.

6. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessanlagen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.667 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Fall, dass auch der beauftragte Gutachter feststellt, dass die im Stadtgebiet aufgestellten Verkehrsüberwachungsanlagen für einen stationären Einsatz nicht zugelassen sind, sämtliche ergangenen Bescheide nachträglich aufzuheben und alle gezahlten Geldbeträge aus Gründen des Rechtsfriedens zurückzuerstatten.

Im Rahmen der Aussprache wird auf Antrag von Stadtverordnetem Kortmann die Sitzung von 19:44 Uhr bis 19:47 Uhr unterbrochen.

Stadtverordneter Kieselbach erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie die abschließende Behandlung und Abstimmung ihres Antrages wegen Beratungsbedarfs bis zur Vorlage des Berichtes des Revisionsamtes dazu zurückstellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Erneute Behandlung nach Vorlage des Revisionsberichtes in einer der nächsten Sitzungen.

- 7. Moscheeverein und Trinkraum**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.708 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 9. Änderung Schwerpunkte Verkehrsüberwachung**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.822 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Ende der Sitzung: 19:49 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin